

Anfrage 1

Gremium	Termin	Status
Beirat für Migration und Integration	10.02.2022	öffentlich

Anfrage

Anfrage der Fraktion die Grünen im Beirat für Migration und Integration zum Verwaltungshandeln der Ausländerbehörde in Ludwigshafen

Vorlage Nr.: 20224638

Stellungnahme der Verwaltung

Am 10.12.2021 gab es bereits einen Artikel in der Rheinpfalz mit dem Titel „Kritik an Zuständen in der Ausländerbehörde“. Dazu hat die Stadtverwaltung wie folgt Stellung genommen:

„Die derzeitige Situation ist nicht zufriedenstellend und entspricht nicht den hiesigen Ansprüchen. Sie ist das Ergebnis des Zusammentreffens verschiedener Ursachen. Diese sind z.B. die monatelange coronabedingte Schließung der Behörde, unbesetzte Stellen und –auch durch die sehr hohe Arbeitsbelastung- ein hoher Krankenstand.

Diese Situation wurde z.B. im Runden Tisch Asyl entsprechend kommuniziert und dabei auch die Maßnahmen vorgestellt, die gewisse Verbesserungen bringen sollen. So wurde Personal für Zuarbeitertätigkeiten in der Behörde akquiriert und einige Änderungen im Arbeitsablauf vorgenommen wie die Priorisierung wichtiger Anliegen und die verstärkte Nutzung der Fiktionsbescheinigungen, die ohne Terminvergabe ausgestellt und auch zugeschickt werden können. Dies wurde bereits während der Coronaschließung so gehandhabt. Mit der Fiktionsbescheinigung, die regelmäßig für sechs Monate ausgestellt wird, gilt der bisherige Aufenthaltstitel als fortbestehend.

Aufgrund der hohen Nachfrage nach Terminen –selbst mit deutlich reduziertem Personalbestand werden noch 650 Termine pro Woche durchgeführt- war es erforderlich, die Terminvergabezeiten von morgens bis abends zu erweitern, so dass die früher üblichen festen Backofficezeiten, auf die für die telefonische Erreichbarkeit mitarbeiterbezogen individuell auf der Homepage hingewiesen wurde, entfallen mussten. Darauf weist die geänderte Homepage hin und empfiehlt die Kontaktaufnahme per Mail.

An einer Verbesserung der derzeitigen Situation wird weiter mit Nachdruck gearbeitet.“

Als Hintergrund für den Beirat nachfolgende weitere Informationen:

Von den 16,5 Vollzeitstellen in der allgemeinen Sachbearbeitung der Ausländerbehörde wa-

ren über viele Wochen nur 4 bis 7 Stellen mit Sachbearbeiter*innen besetzt, derzeit sind es 10,5 Stellen. Mehrere Beamtenstellen sind unbesetzt, weil die ADD nach wie vor dem Stellenplan, in dem die Höhergruppierungen dieser Stellen umgesetzt werden sollen, noch nicht zugestimmt hat und die Stellen deshalb nicht ausgeschrieben werden können.

Für zwei freie Angestelltenstellen wurden die Stellenbesetzungsverfahren abgeschlossen. Die neuen Mitarbeiter*innen müssen nun umgesetzt und dann angeleitet werden. Von drei langzeiterkrankten Mitarbeiter*innen ist eine wieder im Dienst. Vor dem Hintergrund dieser Stellenbesetzungssituation ist der in der Anfrage in den Raum gestellte Begriff der Arbeitsverweigerung vollkommen verfehlt. Die verbliebenen Mitarbeiter*innen arbeiten ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit mit einer hohen Überstundenbelastung.

In den nächsten Tagen wird für die beiden Dienstleistungen Verpflichtungserklärung und Passübertrag die Online-Terminvereinbarung über die städtische Homepage möglich. Damit wird eine Kontaktaufnahme überflüssig und die Kund*innen können sich selbst einen passenden Termin auswählen.

Neben den oben geschilderten Maßnahmen wurden zusammen mit dem Bereich Organisation eine Fülle von Maßnahmen (kurzfristig, mittelfristig, langfristig) besprochen und deren Umsetzung mit einem konkreten Zeitplan belegt. Zusätzlich wurden bereits zwei befristete Stellen geschaffen, die Stellenbesetzungsverfahren wurden bereits eingeleitet. Des Weiteren sind wir mit Mitarbeiter*innen im Gespräch, um abzuklären, ob einige ihre Arbeitszeit aufstocken oder sich ihre oft dreistelligen Überstunden auszahlen lassen möchten. Letzteres würde vermeiden, dass die Überzeiten wochenlang abgefeiert werden, um nicht zu verfallen.

Auch wenn keine weiteren Mitarbeiter*innen längerfristig ausfallen und die Belegschaft weiter von größeren Corona-Ausfällen verschont bleibt, wird die Situation noch wenige Monate angespannt bleiben. Sobald die vorhandenen und die neu geschaffenen Stellen im Wesentlichen besetzt sind und die getroffenen Maßnahmen greifen, sollte eine spürbare Verbesserung der derzeitigen Situation, die, das wird noch einmal eingeräumt-, nicht den hiesigen Ansprüchen entspricht, eintreten.

2-16: